

Klaas Hübner

Wachstum und Gerechtigkeit – zwei Seiten einer Medaille

Wie passen gesellschaftlicher Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum zusammen? Unser Autor plädiert für eine notwendige stärkere Einbindung der Wirtschaftspolitik in finanz-, energie- und bildungspolitische Zusammenhänge und für eine bürgernahe Politik jenseits von Wachstumspessimismus und althergebrachten Wachstumstheorien.

Klaas Hübner



(* 1967) war bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist selbstständiger Unternehmer und seit 2010 Sprecher des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

managerkreis@fes.de

Wachstumspessimismus hat – wieder einmal – Konjunktur. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, dass wir eine Alternative zu unserem bisherigen Wachstumsverständnis benötigen, demzufolge ein steigendes Bruttoinlandsprodukt mit gesellschaftlichem Fortschritt gleichzusetzen sei. In der Tat sollte die Wachstumskurve nicht mehr der einzige Indikator für den Wohlstand eines Landes sein.

Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass wir ohne Wachstum weder die weltweite Armut lindern, noch den Wohlstand der Menschen in den reicheren Erdteilen erhalten können. Das heißt: Wir werden weiterhin wirtschaftliches Wachstum brauchen. Forderungen nach Stagnation oder gar nach negativem Wachstum sind in etwa so praktikabel, wie im Auto bei voller Fahrt den Rückwärtsgang einzulegen. Vor allem aber würden ohne Wachstum die Verteilungskämpfe in unserer Gesellschaft zunehmen. Schließlich muss erst erwirtschaftet werden, was verteilt werden soll.

Schon heute gibt es eine wachsende Kluft von Einkommen und Besitz. Wird der zu verteilende Kuchen kleiner, wird die Auseinandersetzung um die einzelnen Stücke größer. Das träfe die Schwachen besonders hart. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht hier nicht um grenzenloses Wachstum ohne Rücksicht auf Umweltbelange. Dieses gehört genauso der Vergangenheit an, wie eine reine, vornehmlich nationale Ausrichtung nach ökonomischen Kennzahlen und althergebrachten Theorien. Es wird vielmehr darauf ankommen, Wirtschaftspolitik noch stärker in finanz-, energie- und bildungspolitischen Zusammenhängen zu denken – und dies in einem globaleren Kontext.

Warum wir Wachstum fördern müssen

Deutschland muss Exportland und Industriestandort bleiben. Ähnlich wie bei der Frage wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik ist es en vogue, die Exportorientierung Deutschlands zu kritisieren. Dabei bilden der hohe Grad an Industrialisierung und die starke Exportorientierung die Grundsäulen unseres Wohlstands.

Mit Ausnahme weniger Jahre hat Deutschland regelmäßige Außenhandels-

überschüsse erzielt. Heimische Branchen wie Maschinenbau, Auto-, Chemie- oder Elektroindustrie haben heute Exportquoten von 50 % und mehr. Zuletzt sind die Exporte deutscher Unternehmen sogar trotz Wirtschaftsflaute gewachsen. Im vergangenen Jahr konnte der Exportumsatz erstmals die Marke von einer Billion Euro übertreffen. Dabei landen etwa 40 % der deutschen Ausfuhren in der europäischen Währungsunion. Wer aus deutscher Perspektive noch nach einem pro-europäischen Argument sucht, wird also beim Thema Export fündig.

Natürlich wird kaum jemand leugnen, dass deutsche Exportüberschüsse anderswo auf der Welt Handelsbilanzdefizite begünstigen. Ebenso ist die Sorge berechtigt, dass weltkonjunkturelle Flauten einen größeren negativen Effekt auf exportorientierte Nationen haben. Richtig ist aber auch, dass eine vom Export getriebene Wirtschaft im Inland den Wohlstand sichert und Kaufkraft schafft. Wichtig ist, die Balance zwischen Exportorientierung und Binnennachfrage zu wahren.

Die industriellen Kerne Deutschlands mit ihren innovativen und international agierenden Unternehmen sowie ihren qualifizierten und motivierten Arbeitnehmern bilden die Basis für den erfolgreichen Export. Zwei Drittel der deutschen Exportumsätze kommen heute aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeuge, Stahl und Chemie. Der Export sichert wiederum die Beschäftigung hierzulande: Nahezu jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Außenhandel ab.

Deutschland hat sich seine industriellen Kerne, die eng mit dem Mittelstand verwoben sind, bewahrt und nicht denselben Prozess der Deindustrialisierung durchlaufen wie andere Staaten. Auch deswegen hat Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigt als Länder, die mehr auf Dienstleistungen – vor allem im Finanzsektor – gesetzt haben.

Infrastrukturen aufbauen, Energieversorgung umbauen, Bürger beteiligen

Die Bedeutung der industriellen Kerne muss zudem beim Umbau unserer Energieversorgung berücksichtigt werden. Die Kosten für Energie und Rohstoffe gehören heute zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. In der gewerblichen Wirtschaft machen Löhne lediglich knapp ein Viertel der Gesamtkosten aus – Energie und Rohstoffe hingegen mehr als 40 %. In der Stahlindustrie liegt der Anteil sogar bei 80 %. Nach dem von Rot-Grün gemeinsam mit den Energieunternehmen beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie haben wir von der schwarz-gelben Bundesregierung zwei Kehrtwenden erlebt. Bei diesen Drehungen ist viel verloren gegangen: Vertrauen, Planungssicherheit und wertvolle Zeit. Absehbar steigende Energiepreise werden v.a. die industriellen Kerne Deutschlands betreffen. Nach Fukushima und dem Beschluss der beschleunigten Energiewende hätte es daher statt einer Ethik- eher einer Wirtschaftskommission bedurft.

Wenn wir den Energiesektor umbauen, muss sichergestellt werden, dass die industriellen Kerne im Bereich der Energiekosten nicht zu stark belastet werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muss erhalten bleiben. Anders formuliert: Die Energiewende darf nicht zum Preis der Deindustrialisierung erkaufte werden.

In diesem Zusammenhang steht uns eine weitere Herausforderung bevor. Um den Strom in Zukunft von den großen Offshore-Windparks in der Nordsee in die weiter entfernten Großstädte zu transportieren, werden wir unsere Netzinfrastruktur gewaltig ausbauen müssen. Gerade in ländlichen Räumen ist der Protest von Bürgerinnen und Bürgern programmiert. Wie aber schaffen wir Planungssicherheit für die Energieversorger, die

neue Kraftwerke oder neue Stromleitungen bauen sollen, um andere Energieformen zu kompensieren? Wie will die SPD politisch sicherstellen, dass Großprojekte, die einen langen Planungsvorlauf haben, auch glaubwürdig und nachhaltig gestaltet werden können?

Ein Schlüssel liegt in der besseren Beteiligung der Bevölkerung. Dies gilt für alle Großprojekte, egal, ob es sich um die Energie-, Verkehrs- oder Kommunikationsinfrastruktur handelt. Wir brauchen neue Verfahren zur besseren Beteiligung der Betroffenen. Daher ist die von der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Schlagwort »Infrastrukturkonsens« gestartete Initiative begrüßenswert. In einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog wird ein umfassendes Konzept für bessere und transparentere Mitwirkungsmöglichkeiten erarbeitet. Allerdings gibt es nicht nur eine Bringschuld der Politik, sondern ebenso ein Holtschuld der Bürgerinnen und Bürger. Die Bürger müssen sich informieren und einbringen. Auch »Stuttgart 21« ist nicht über Nacht gekommen; von einer großen Protestwelle war lange Jahre nichts zu sehen. Wenn ein Projekt schließlich demokratisch legitimiert ist, muss für den Investor auch Planungssicherheit bestehen.

Um insgesamt eine größere Akzeptanz für Infrastrukturprojekte zu erzielen, ist eine bessere Bürgerbeteiligung eine notwendige aber gewiss noch keine hinreichende Bedingung. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen die Bedeutung der Infrastruktur zu vermitteln. Dabei sollte sich die Wirtschaft, die maßgeblich von einer leistungsfähigen Infrastruktur profitiert, stärker in die öffentliche Debatte einbringen.

Bildung ausbauen

Wenn wir weiterhin eine starke Exportwirtschaft und starke industrielle Kerne erhalten wollen, brauchen wir ferner in unserem rohstoffarmen Land jedes Talent.

Wir müssen ein Bildungssystem installieren, das transparent und durchlässig ist.

Die Sozialdemokratie hat immer versprochen: Wenn Du Dich anstrengst, kannst Du es schaffen. Die SPD muss wieder die Partei des sozialen Aufstiegs sein! Und es den Menschen ermöglichen, jenseits aller Standesgrenzen durch eigene Leistung nach vorne zu kommen. Wichtigstes Element ist und bleibt Bildung. Sie muss kostenfrei für alle gleichermaßen – unabhängig von sozialer Herkunft – zugänglich sein. Geldzahlungen an Eltern und Alleinerziehende werden allein nicht zum Erfolg führen. Zielgerichteter Förderung von Kindern erreicht man durch kostenlose Kinderkrippen und Kindergärten, ein ordentliches kostenloses Frühstück und Mittagessen sowie kostenloses Schulmaterial. Aufgabe des Staates ist es, allen Kindern und Jugendlichen zu helfen, egal, zu welcher gesellschaftlichen Schicht sie gehören – besonders aber denen aus bildungsfernen Schichten. Jeder hat ein Recht gefördert zu werden. Aber es darf auch von jedem gefordert werden, dass er sich anstrengt.

Wenn wir über Bildung reden, müssen wir auch über unser Schulsystem sprechen. Es ist schwer nachvollziehbar, dass wir einerseits von den Menschen Flexibilität erwarten, und uns andererseits ein zersplittertes Bildungssystem leisten, in dem Kinder durch einen Wohnortwechsel Schuljahre verlieren. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert, sich für eine stärkere Vereinheitlichung stark zu machen. Auch das kann ein Beitrag zu mehr Transparenz und Durchlässigkeit sein.

Haushalte konsolidieren, Finanzmärkte regulieren

Der vielleicht wichtigste Punkt vor dem Hintergrund aktueller Krisen: Wirtschaftspolitik hat heute mehr denn je damit zu tun, solide Staatsfinanzen zu organisieren. Haushaltskonsolidierung ist dabei auch

eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Eine hohe Staatsverschuldung ist nichts anderes als Umverteilung von unten nach oben. In der Regel ist es nicht die alleinerziehende Krankenschwester, die an den Zinsen von Staatsanleihen verdient. Zurückzahlen werden es mit einem exorbitanten Kapitaldienst v.a. die nachkommenden Generationen.

Der Zinsdienst des Bundes ist der zweitgrößte Einzelposten des Bundeshaushalts nach dem Budget für Arbeit und Soziales und noch vor den Etats für Verteidigung und Verkehr. In diesem Jahr sind für den Einzelplan »Bundesschuld« rund 38 Milliarden Euro vorgesehen. 1969 betrug der Anteil der Zinsausgaben noch 2,7% der Gesamtausgaben. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich dieser Anteil versechsfacht: 2010 machten die Zinszahlungen schon 15,5% der gesamten Bundesausgaben aus. So wird der Handlungsspielraum für all jene Felder kleiner, von denen die zukünftige Entwicklung besonders abhängt: Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Bildung. Deshalb ist die Haushaltskonsolidierung ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts.

Die öffentlichen Haushalte sind in Folge der Finanzkrise 2008 stark belastet worden. Gleichzeitig ist die Schuldenbremse eingeführt worden. Gleichzeitig wissen wir, dass die kumulierte Steuer- und Abgabenquote in absehbarer Zeit nicht reduziert werden kann. Das hängt auch damit zusammen, dass die Steuerlast für Betriebe in den vergangenen Jahren gewaltig gesenkt wurde. Angesichts der angespannten Haushaltslage wäre es daher sogar verständlich, die Steuern für größere Einkommen moderat zu erhöhen. Dieser Gedanke findet auch in Unternehmerkreisen Unterstützung. Die Bundesregierung, insbesondere die FDP, befindet sich auf dem Holzweg, wenn sie meint, mit Steuergeschenken reüssieren zu können.

Steuern sind das Regulativ eines Staates. Nachdem die Finanzmarktakteure in

der Finanz- und Wirtschaftskrise von umfangreichen Rettungsmaßnahmen des Staates profitiert haben, wäre es ein Gebot der Gerechtigkeit, den Finanzsektor stärker an der Staatsfinanzierung zu beteiligen, z.B. durch eine Finanztransaktionssteuer. Sie würde zudem den Finanzmarkt stabilisieren und kurzfristige, spekulative Transaktionen eindämmen.

Vier Handlungsfelder und ein Ordnungsprinzip

Um Wachstum und Gerechtigkeit auch in Zukunft zu erhalten und auszubauen, müssen wir dafür sorgen, dass Deutschland Industriestandort und Exportland bleibt; wir müssen unsere Energieversorgung umbauen, ohne unsere industriellen Kerne zu schwächen; wir müssen unser Bildungssystem reformieren, damit es durchlässiger und transparenter wird; und wir müssen unsere Haushalte konsolidieren sowie die Finanzmärkte regulieren.

Der Markt ist dabei das richtige Ordnungsprinzip – aber der Markt hat keine Moral. Die Folgekosten der Exzesse in der virtuellen Finanzwirtschaft zahlen neben den Bürgern auch und gerade die mittelständischen Industrieunternehmen. Sie sehen sich in der Folge mit unverschuldeten Verunsicherungen, rückläufigen Auftragseingängen und investitionshemmenden Kreditengpässen konfrontiert.

Der Markt soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Er soll sich an der Realwirtschaft orientieren, um diese zu fördern und darf kein selbstreferenzielles und unbeherrschbares System werden. Um dies sicherzustellen, muss der Staat dem Markt klare Regeln und Grenzen setzen – auch und gerade im Interesse der Wirtschaftsunternehmen. Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert muss immer beides im Blick haben: Wachstum und Gerechtigkeit. Es sind zwei Seiten derselben Medaille. ■